



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/59 - 12. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | <u>SPD - zuverlässig und solide</u> Zur Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein | 39 |
| 2 | <u>Phantastische Zahlen</u> 490 Milliarden DM für Rüstungsausgaben in der Welt | 42 |
| 3 | <u>Verbesselter Deichbau notwendig</u> Nach der Sturmflut vom 17. Februar | 41 |
| 4 | <u>Wirtschaftskonferenz der Blocklosen rückt näher</u> Tito und Nassar geben nicht auf Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher | 45 |
| 5 - 6 | <u>Falsche Informationen - falsches Bild</u> Wie die Welt über Katanga getäuscht wurde Von Bruno Kuster, Genf | 62 |

* * * *
* * *

SPD - zuverlässig und solide

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

39 - Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein zeigt, dass die Wähler auch im Bereich der kommunalen Politik die "klassischen" Parteien als die gestaltenden Kräfte unserer Gesellschaft betrachten. Mit geringen Abweichungen haben SPD, CDU und FDP ihre Positionen verbessert.

Die sogenannten Ratparteien, die gegen das ursprüngliche Wahlgesetz Sturm gelaufen waren, sind mit nur 0,7 Prozent der Stimmen und vier Sitzen praktisch auf der Strecke geblieben. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Windmühlerei einiger Weniger gelegentlich interessant erscheinen mag, für die Solidität der Demokratie aber kaum entscheidend ist.

Die Gesamtdeutsche Partei (GDP), die aus der Fusion der Deutschen Partei und des BHE hervorgegangen ist, erreichte nur 4,9 Prozent der abgegebenen Stimmen; das ist ein Verlust von 4,7 Prozent, wenn man die frühere Stimmenzahl der DP und des BHE zusammenrechnet. Auch der Südschleswigsche Wählerverband ging von 2,5 auf 2,1 Prozent zurück. Unter "ferner liefen" rangiert die Deutsche Friedensunion (DFU), die mit 0,6 Prozent Stimmenanteil keinen einzigen Abgeordneten in die Kommunalparlamente bringen konnte.

Die SPD konnte in den meisten Orten und Kreisen, in denen sie bisher schon die stärkste Partei war, ihre Positionen verbessern. Trotz der schwierigen Verhältnisse in Schleswig-Holstein, wo eine CDU-Landesregierung über eine Reihe von Propagandamöglichkeiten verfügt, die den anderen Parteien kaum zugänglich sind, zeigt sich an diesem Ergebnis das wachsende Vertrauen der Wähler zur Sozialdemokratischen Partei. Nicht zuletzt dürfte dies auch auf die hervorragenden Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker zurückzuführen sein.

Es ist anzunehmen, dass die CDU ihre Positionverbesserung in erster Linie ehemaligen DP- und BHE-Wählern zu verdanken hat; jedenfalls lässt sich das in einigen Orten und Kreisen erkennen. In anderen Orten dagegen scheinen ehemalige DP-Wähler ihre Stimme der FDP gegeben zu haben, denn nur so ist ein leichtes Anwachsen des FDP-Anteils zu erklären.

Im ganzen kann also gesagt werden: die SPD hat - wie zu erwarten war - ihre Ausgangsposition für die kommenden Landtagswahlen wiederum verbessert. Im Rückblick auf vergangene Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen ergibt sich für die SPD die erfreuliche Feststellung, dass die Wähler ihr unbedingte Zuverlässigkeit und Solidität zubilligen.

Phantastische Zahlen

480 Milliarden DM für Rüstungsausgaben in der Welt

sp - Man könnte trübsinnig werden und am Verstand der Menschheit zweifeln, wenn man nachstehende Zahlen liest:

Rund 120 Milliarden Dollar = 480 Milliarden DM werden jährlich in der ganzen Welt für militärische Zwecke ausgegeben. 20 Millionen Menschen stehen in aller Welt unter Waffen, und 30 Millionen sind mit Rüstungsaufgaben beschäftigt. Die Summe von 480 Milliarden DM entspricht der anderthalbfachen Summe des Sozialprodukts der deutschen Bundesrepublik!

Abrüstung: "Uneingeschränkter Sieger für die ganze Menschheit"

Diese Zahlen wurden von zehn Sachverständigen aus West und Ost errechnet, die im Auftrag der UNO wenige Tage vor Beginn der Abrüstungskonferenz in Genf das Ergebnis einer Untersuchung veröffentlicht haben, durch die festgestellt werden sollte, ob durch eine allgemeine Abrüstung wirtschaftliche Depressionen zu befürchten seien. Die Sachverständigen kommen zu dem Ergebnis, dass eine allgemeine und vollständige Abrüstung ein "uneingeschränkter Sieger für die ganze Menschheit" wäre.

Es heisst in dem Bericht u.a., die Umschichtung der jetzt in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten auf friedliche Tätigkeit würde zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in der ganzen Welt führen. Nach Ende des zweiten Weltkrieges habe die Welt vor ähnlichen Problemen gestanden; sie seien bewältigt worden und es sei kein wirtschaftlicher Schaden entstanden.

Rüstung: "Schwere politische Gefahr und wirtschaftliche Bürde"

Übereinstimmend erklären die Sachverständigen auch, das gegenwärtige Niveau der Militärausgaben sei "eine schwere politische Gefahr und eine schwere wirtschaftliche und soziale Bürde." Allein 85 Prozent aller Militärausgaben werden von der Sowjetunion, den USA, Grossbritannien, Frankreich, China, Kanada und der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Zwar sei damit zu rechnen, dass bei einer schnellen Abrüstung etwa sechs bis sieben Prozent der Arbeiter "freigesetzt" werden würden. Diese aber könnten sehr schnell in anderen Branchen beschäftigt werden, da in vielen Ländern schon jetzt ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Die unmittelbare Folge einer generellen Abrüstung wäre nach dem Urteil der Sachverständigen ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum in allen am Rüstungswettlauf beteiligten Ländern. Erziehung, Volksgesundheit, soziale Wohlfahrt, Wissenschaft und Kunst könnten eine ganz andere Förderung als jetzt erfahren.

Die Tatsache, dass sich Wissenschaftler aus Ost und West auf dieses Ergebnis ihrer Untersuchung einigen konnten, ist ein erfreuliches Zeichen. Es lässt die leise Hoffnung aufkommen, dass die Politiker in Ost und West nicht ganz unbeeindruckt von diesen Zahlen bleiben.

Verbesserte Deichbau notwendig!

zf. - Die Sturmflut vom 17. Februar liegt über drei Wochen zurück. Die erste notwendigste Hilfe für die Bevölkerung steht vor dem Abschluss. Die Deiche sind notdürftig geschlossen worden. Die langfristige Planung kann beginnen. Dabei konzentriert sich das Interesse auf die Gestaltung der Landeshaushalte der vier norddeutschen Küstenländer und die Entwicklung besserer Deiche.

Zuerst ist besonders den CDU-Politikern im Norden der Bundesrepublik zu sagen, sie sollten mit Nachdruck die Bundesregierung darauf hinweisen, dass Küstenschutz Sache des Bundes ist. Das bedeutet, die Haushalte können nicht rigoros umgeschichtet werden. Die Mittel, die in den Länderhaushalten für den Strassen- und Schulbau, den Wohnungsbau und die Landwirtschaft hinter den Deichen bereit stehen, müssen auch dort stehen bleiben und für diese Zwecke verwendet werden.

Die genannten Aufgaben sind auf lange Sicht schliesslich ebenso dringlich wie der jetzt in der Mittelpunkt gerückte Deichschutz. Wenn Küstenschutz Sache des Bundes ist, so kommt es doch darauf an, dass der Bund den vier norddeutschen Küstenländern zusätzliche Gelder für noch einen besseren Küstenschutz bereitstellt.

Die Wasserbauingenieure und die Wissenschaftler haben nun bei der Frage das Wort, wie die Deiche stärker zu machen sind. Einmal kann man wohl davon ausgehen, dass sich die norddeutsche Tiefebene an der Nordseeküste zwar nicht senkt, dass aber die Nordsee ganz allmählich - wenn auch sehr gering - ansteigt. Das bedeutet, dass die Deiche doch wohl um einen halben bis einen ganzen Meter über ihren bisher höchsten Stand noch erhöht werden müssen. Da aber der Untergrund teilweise noch mächtigere Deiche nicht zu tragen vermag, sind hier unter Umständen besondere Konstruktionen notwendig, die ein Absacken der neuen Deiche verhindern.

Aus den ersten Äusserungen der Wissenschaftler ist ferner zu entnehmen, dass unsere Deiche noch sehr viel breiter werden müssen. Die zur Seeseite liegende Fläche muss mit einer geringeren Neigung ansteigen. Dabei wird man voraussichtlich nicht mehr mit einem Grasbewuchs auskommen sondern Asphalt-schichten ziehen müssen. Wo eine sehr flache Neigung nicht möglich ist, sollten moderne Betonbau-Elemente zur Anwendung kommen, welche die Wucht der Wellen bremsen.

Aber auch die zum Binnenland liegende Seite der Deiche wird noch sehr viel flacher werden müssen, damit überspülende Wellen die Deichkrone nicht von hinten anragen und Grundbrüche einleiten. Diese verbesserten See-Deiche dürfen aber erst dann vollständig sein, wenn hinter ihrer Rückseite breite und gut asphaltierte Katastrophenwege angelegt werden.

Wirtschaftskonferenz der Blocklosen rückt näher

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Das in Schatten der fortschreitenden europäischen Wirtschaftsintegration vor Isolationsangst fröstelnde Belgrad hat seine Anstrengungen um eine "kollektive Gegenaktion" der blocklos-unterentwickelten Staaten verstärkt. Nach dem Kairoer Besuch des jugoslawischen Staatschefs Tito, folgte unmittelbar darauf ein mehrtägiger Aufenthalt Außenministers Popovic bei seinem ägyptischen Kollegen. Daß die blocklosen Staaten etwas tun müßten, um der für sie als bedrohlich eingeschätzten westeuropäischen Wirtschaftsintegration wirksam zu begegnen, darüber waren sich die beiden aktivsten Befürworter blockloser Politik seit langem einig. Was jedoch unternommen werden sollte, darüber gab es bisher kaum mehr als unbestätigte Vermutungen.

Liegen auch offizielle Erklärungen zu diesen Fragen noch immer nicht vor, kann als verbürgt gelten, daß eine umfassende Wirtschaftskonferenz der sich betroffen fühlenden Staaten zusammentreten soll. Nachdem in Belgrad im September vorigen Jahres das bedeutendere Schauspiel der "Gipfelkonferenz der blocklosen Länder" über die Bühne lief, dürfte diesmal Kairo an der Reihe sein. Als geplanter Termin wird der Juli genannt.

Nicht unbedeutend ist, daß diesmal nicht nur 25 Teilnehmerstaaten - wie anlässlich der Belgrader Gipfelkonferenz - sondern an die vierzig erfaßt werden sollen. Dieser bedeutend weiter gespannte Rahmen stellt die Hauptinitiatoren des Konferenzgedankens vor eine enorme diplomatische Vorbereitungsarbeit. Werden doch viele Staaten über ihre Teilnahme an einer solchen Konferenz erst dann entscheiden, wenn sie zumindest annähernde Vorstellungen haben, welche Ziele damit konkret eigentlich erreicht werden sollen.

In dieser Beziehung hüllen sich die Autoren vorläufig noch immer in Schweigen. Der Beteuerung, man wolle keine zusätzliche Wirtschaftsgruppierung schaffen, kann geglaubt werden. Trotzdem besagt diese negative Abgrenzung noch nichts über die positiven Maßnahmen, die beschlossen werden müssen, soll die Konferenz auch nur zu einem Teilerfolg kommen.

Die in letzter Zeit oft geäußerte Idee, die blocklosen Staaten sollten ihren gegenseitigen Handel verstärken, leidet entscheidend an der gleichstrukturierten und somit wenig komplementären Wirtschaften der vorwiegend unterentwickelten Länder. Da diese wenige Rohstoffe haben, überrascht der Gedanke nicht, die unterentwickelten Staaten müßten sich einen stärkeren Freieschutz für eben diese ihre Rohstoffe sichern. Für eine diesbezügliche Einigung dürften jedoch wiederum die sehr verschiedenen Gesellschaftssysteme hinderlich sein, sieht man davon ab, ob diese Staaten tatsächlich irgendwelche Rohstoffe wirksam monopolisieren könnten. Ohne tief in die Problematik der Wirtschaftsintegration einzugehen, ist ersichtlich, daß die unterentwickelten Staaten mit der geplanten Wirtschaftskonferenz vor schwierigere Aufgaben gestellt sind als seinerzeit bei der Gipfelkonferenz der Neutralen, wo man mit schönen Formulierungen zwar verschiedene Probleme ansprechen konnte, diese jedoch nicht unbedingt zu lösen brauchte.

Falsche Informationen - falsches Bild

Von Bruno Kuster, Genf

Dank der Aktivität des Internationalen Presseinstituts in Zürich ist jetzt klargestellt worden, dass die Berichterstattung in der Welt-
presse über die Ereignisse in Katanga zu einem grossen Teil falsch war.
In seiner neuesten Ausgabe der IPI-Rundschau lässt das Internationale
Presseinstitut in Zürich drei Berichtersteller, die während der Dezem-
ber-Operationen der Vereinten Nationen in Elisabethville arbeiteten, zu
Worte kommen, denn: "Noch immer bestehen in journalistischen Kreisen
Zweifel darüber, ob die Weltpresse von der Katanga-Operation der Ver-
einten Nationen ein richtiges und objektives Bild vermittelt habe".
Die drei Korrespondenten schildern die damaligen Verhältnisse, "welche
die Berichterstattung aus Katanga zu einer nahezu unlösbaren Aufgabe
machten". Dennoch wurde aber die Welt mit aller möglichen Meldungen
und Darstellungen überschwemmt.

Kein Kontakt mit UNO-Hauptquartier

Andrew Wilson vom Londoner "Observer" bemerkt in seinem Artikel
"Was ging schief?", dass es während der Kämpfe unmöglich war, mit dem
UNO-Hauptquartier in Kontakt zu treten. Das "wirkte sich bei der Be-
richterstattung über die Kampfhandlungen überaus schwerwiegend aus und
gab ihr zweifellos einen einseitigen Charakter."

Die Korrespondenten logierten im Hotel Leopold II., das auch "zur
Zufluchtsstätte aller möglichen Agenten der katangischen Regierung,
aber auch privater Bürger wurde, die gegenüber den Vereinten Nationen
und den Vereinigten Staaten eine nahezu hysterisch-feindliche Gesin-
nung an den Tag legten." Im gleichen Hotel gab die katangische Informations-
abteilung ihre Instruktionen aus, welche die UNO für die Feindselig-
keiten verantwortlich machten und ihnen Grausamkeiten vorwarfen. Aber
das Wort "Grausamkeit", schreibt Wilson, "war eine schreiende Verzer-
rung der Tatsachen ..." "Trotzdem gingen einige Korrespondenten der
Katangapropaganda auf den Leim, indem sie auch die masslos übertriebe-
nen Verlustzahlen weitergaben".

Tote nach Bedarf

In einem Fall sprach man von fünf Toten, während lediglich einige Personen durch Glassplitter verletzt wurden. Dann wieder entsetzte man sich über 200 Verwundete, obwohl in Wirklichkeit nur eine einzige Frau einer viertelstündigen ambulanten Behandlung unterzogen werden musste. Andererseits verschwiegen die katangischen Propagandisten, "dass gedungene europäische Artilleriemannschaften von bevölkerten Gebieten aus operierten." Wilson meint abschliessend, es sei "unklug, über eine Polizeiaktion der Vereinten Nationen in Ausdrücken zu berichten, als handele es sich um einen wirklichen Krieg.

Nachrichtenquellen einseitig

Sanche de Gramont von der "New York Herald Tribune" erklärt in der IPI-Rundschau, dass die Pressekonferenzen Eschombes "nichts als laere Rhetorik über die 'Grausamkeiten' der UNO und Selbstbeweihräucherung" boten. Die in Elisabethville tätigen Journalisten leiteten ihre Berichte über das rhodesische Ndola, wo "auf Befehl Sir Roy Welenskis jede Meldung sogleich durchgekabelt" wurde.

Auch der französische Radio-Reporter Jacques Alexander hebt die aussergewöhnlichen Schwierigkeiten hervor, "Informationen zu erhalten und sich eine genaue und objektive Lagebeurteilung zu verschaffen." Im Gegensatz zu den Presseberichten war "die Zahl der Opfer minimal". Die Nachrichtenquellen der Korrespondenten seien unter den herrschenden Umständen notwendigerweise "einseitig" gewesen.

* * *

Das verdienstvolle Bemühen des Internationalen Presseinstituts, die Umstände klarzulegen, die im letzten Dezember in einem grossen Teil der Presse zu einer völligen Umstellung der UNO-Operationen in Katanga führten, kann allerdings den enormen moralischen Schaden, den diese einseitige Berichterstattung der Sache der Vereinten Nationen zufügte, nicht beheben. Doch rechtfertigt das Wächteramt, welches das Presseinstitut im Interesse einer freien und objektiven Orientierung der Öffentlichkeit ausübt, die Hoffnung, dass wenigstens nachträglich einige Fehlurteile korrigiert werden.